

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 43 – Jugendlichen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben organisieren

Dazu sagt die berufsschulpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Neue Konzepte müssen her

Nr. 156.10 / 19.03.2010

„Für alle Jugendlichen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben organisieren“. So ist der SPD-Antrag überschrieben. Muss man so einen Antrag überhaupt stellen? Gibt es nicht bereits genügend Maßnahmen, um für Jugendliche den erfolgreichen Start ins Berufsleben zu gewährleisten?

Ja, es hat sich in den letzten Jahren viel getan. Mit dem Bündnis für Ausbildung, das Rot-Grün 1997 in Schleswig-Holstein ins Leben gerufen hat und das jährlich erneuert wird, bemühen sich Landesregierung, Sozialpartner, Kammern, die Agentur für Arbeit, ARGE n und Optionskommunen jedem Schulabgänger und jeder Schulabgängerin zu einem Ausbildungsplatz zu verhelfen.

Außer diesem Bündnis gibt es unter anderem das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt, die Landespartnerschaft Schule und Wirtschaft in Schleswig-Holstein, es gibt Coaches und FachberaterInnen für die Jugendlichen, Berufseingangsklassen, berufsvorbereitende Maßnahmen, das ausbildungsvorbereitende Jahr und noch einige Möglichkeiten mehr. Ob mit oder ohne Schulabschluss, die beruflichen Schulen und freien Träger bieten für jeden Jugendlichen die Möglichkeit, sich weiter zu bilden, bemühen sich, sie fit für den Arbeitsmarkt zu machen und ihnen eine berufliche Perspektive zu vermitteln. Dabei ist ihnen jeder einzelne wichtig.

Immerhin knapp zwei Drittel eines Jahrgangs beginnen dann auch eine Ausbildung im dualen System, finden also den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Aber – und jetzt kommt das große aber. Es verlassen immer noch knapp zehn Prozent der SchülerInnen eines Jahrgangs die Schule ohne einen Abschluss und es befinden sich ca. 7500 Jugendliche und junge Erwachsene in berufsvorbereitenden Maßnahmen. Außerdem haben wir etwa 5000 jugendliche Arbeitslose zwischen 15 und 20 Jahren. Das sind die Zahlen, die uns beunruhigen müssen. Diese Zahlen zeigen uns, dass wir etwas falsch machen.

Die hohe Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss macht klar, dass wir mehr und früher in die Bildung der Kinder investieren müssen - und das vom ersten Lebensjahr an. Das darf kein bloßes Lippenbekenntnis bleiben. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Diese Investition zahlt sich später mehrfach aus und hilft, den Schuldenberg abzubauen.

Im Bereich der berufsvorbereitenden Maßnahmen müssen grundlegende Veränderungen stattfinden. Da reicht die von der SPD in ihrem Antrag geforderte Bündelung der Maßnahmen nicht aus. Maßnahmen, wie die Berufseingangsklassen, in denen Jugendliche an einem Tag in der Woche in die Berufsschule kommen, nur um ihre Berufsschulpflicht zu erfüllen und um aus der Statistik raus zu sein, darf es nicht mehr geben.

Die berufsvorbereitenden Maßnahmen müssen weiterentwickelt werden zu Ausbildungsgängen, in denen die SchülerInnen sich einen fühlbaren und messbaren Erfolg erarbeiten und nicht das Gefühl haben, nur ihre Zeit absitzen zu müssen. Ein Weg sind Ausbildungsgänge an Produktionsschulen, in denen die Jugendlichen ihre Stärken erkennen und ausbauen und auf eine Ausbildung vorbereitet werden.

Die bereits existierenden schulischen Ausbildungsgänge müssen zahlenmäßig ausgebaut werden. Ein Schritt in die richtige Richtung wurde mit der Einrichtung von neun zusätzlichen Fachklassen für die Ausbildung zur ErzieherIn zum nächsten Schuljahr getan. Auch die Plätze für sozialpädagogische AssistentInnen müssen aufgestockt werden.

Insgesamt gibt es aber in fast allen berufsschulischen Bereichen noch nicht genügend Plätze. So kann es doch nicht sein, dass an einigen beruflichen Gymnasien, wo ein Notendurchschnitt von 2,4 in den Hauptfächern eigentlich den Einstieg ermöglichen soll, für das nächste Schuljahr nur SchülerInnen einen Platz bekommen, deren Notendurchschnitt besser als 2,0 ist. Wir wollen eine bessere Schulbildung, dann müssen wir auch die Kapazitäten zur Verfügung stellen und zwar für alle. Dahin muss das Geld fließen, nicht in die Hochbegabtenförderung für wenige.

Bei der Zahl der Schulplätze hat die Regierung in den letzten Jahren viel zu wenig getan. Insgesamt müssen also viele Bereiche angegangen und teilweise neue Konzepte erarbeitet werden - gemeinsam mit den Beteiligten, auch mit den Partnern des Bündnisses für Ausbildung. Die Problembereiche haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD in ihrem Antrag weitgehend benannt. Da der SPD Antrag die richtigen Punkte benennt, werden wir ihm zustimmen.

Das Bündnis für Ausbildung ist unserer Auffassung nach aber nicht das Gremium, um die notwendige konzeptionelle Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems zu leisten. Hier ist die Politik gefordert, muss die Federführung und die Verantwortung selbst übernehmen.
